

Binnenwirtschaft

*(17)

Wirtschaftsentwicklung im 1. Quartal 1996

Für die ersten drei Monate des Jahres 1996 meldet das Staatliche Statistikamt der VR China eine reale Wachstumsrate des *Bruttoinlandsprodukts* (1.315,6 Mrd. Yuan) von 10,2% im Vergleich zum 1. Quartal 1995. Dem Sprecher des Statistikamtes zufolge hatte die Volkswirtschaft mit einer insgesamt ausgeglichenen Entwicklung und relativ stabilen Preisen einen guten Start im neuen Jahr. Es werde damit gerechnet, daß bei einem gemäßigten Wachstum in diesem Jahr das Ziel einer sanften Landung erreicht werden könnte, deren Eckdaten eine gesamtwirtschaftliche Zuwachsrate von 8%, eine Inflationsrate von unter 10% und eine Zunahme der Anlageinvestitionen um 32% sind. Für die Ausweitung der Geldmenge sieht die Zentralbank eine Erhöhung von 14% für M0 (umlaufendes Bargeld), 18% für M1 (umlaufendes Bargeld sowie Sichteinlagen) und 25% für M2 (M1 sowie Termineinlagen) vor. (XNA, 25.4.96)

Im einzelnen betrachtet belief sich die Wachstumsrate der industriellen Wertschöpfung im 1. Quartal 1996 auf 13,6% (422,2 Mrd. Yuan). Im Vergleich zu den Staatsunternehmen entwickelte sich der nichtstaatliche Industriesektor erneut wesentlich dynamischer. Während die Staatsunternehmen eine Zuwachsrate von 6,4% erreichten, lag diese für die Kollektivunternehmen bei 17,6% und in den privaten und mit Auslandskapital finanzierten Unternehmen bei 15,7%. (XNA, 19.4.96; NZZ, 20./21.4.96)

Im *Agrarsektor* soll in diesem Jahr ein möglichst hoher Getreideoutput erreicht werden. Dem Statistikamt zufolge stehen für die begonnene Aussaat Flächen mit einem Umfang von 1,1 Mio. ha (+1%) zur Verfügung; für die Baumwollaussaat sind Flächen von 600.000 ha vorgesehen. Neben umfangreichen Maßnahmen im Rahmen des landwirtschaftlichen Investbaus (Be- und Entwässerung, Bewässerungsanlagen, Bodenmelioration, etc.) soll vor allem die Weitergabe von modernen Anbaumethoden an die Bauern gefördert werden.

Nach Ankündigung der Staatlichen Planungskommission soll auch in diesem Jahr die strikte Kontrolle über das Wachstum der *Anlageinvestitionen* aufrechterhalten bleiben. Das Statistikamt meldete für das 1. Quartal eine Zunahme der Anlageinvestitionen (129,9 Mrd. Yuan) um 16,2%, die im wesentlichen als angemessen betrachtet wird. Der Anstieg der Investitionen des staatseigenen Sektors in den ersten zwei Monaten d.J. belief sich auf 7% gegenüber der Vergleichsperiode 1995, in der eine Wachstumsrate von 28% realisiert worden war. (XNA, 19.4.96) Allerdings geben die ersten zwei Monate noch keine aussagekräftigen Hinweise auf die Entwicklung des gesamten Jahres.

Bei der Inflationsbekämpfung konnten im 1. Quartal weitere Erfolge erzielt werden. So erhöhten sich die Einzelhandelspreise lediglich um 7,7% im Vergleich zum 1. Quartal 1995, in dem diese Inflationsrate noch bei 18,7% gelegen hatte. Im März waren die Preise lediglich um 0,2% höher als im Vormonat Februar. In einigen Großstädten wie Beijing (9,7%) und Tianjin (8,1%) lag der Einzelhandelspreisindex im März über dem Landesdurchschnitt von 7,7% bzw. in einigen Großstädten wie Shanghai (6,2%) sogar deutlich niedriger. Im Gegensatz zum Einzelhandelspreisindex, der keine Dienstleistungen und dauerhaften Konsumgüter einschließt, lag der Konsumgüterpreisindex im 1. Quartal mit einem Anstieg von 9,4% um einiges höher. (NZZ, 20./21.4.96)

Einem Bericht der Zentralbank zufolge entwickelte sich die Geldmenge im 1. Quartal nicht ganz wunschgemäß. So betrug der Anstieg von M0 (816,91 Mrd. Yuan) 12,4%, die Geldmenge M1 erhöhte sich um 13,7% und M2 nahm um 28,4% zu. (AWSJ, 22.4.96) Vor diesem Hintergrund hat das Statistikamt vor der Entstehung einer erneuten Inflationsrunde gewarnt. Das Potential hierfür sieht das Statistikamt in der Preispolitik der Lokalregierungen und Hersteller. So hätten die Lokalregierungen in den letzten zwei Jahren große Anstrengungen unternommen, die Inflationsrate zu senken und hierfür anstehende Preissteigerungen für bestimmte Güter und Dienstleistungen aufgeschoben. Hierfür seien allerdings hohe Subventionen nötig geworden, die die lokalen Haushalte stark belasteten. Nach Einschätzung des Statistikamtes bestehe die Gefahr, daß die Lokalregierungen aufgrund der abflachenden Inflationsentwicklung in

ihren Anstrengungen zur Unterdrückung der Inflation nachlassen und mehr Gewicht auf den Ausgleich ihrer Haushalte legen könnten. Die zweite Inflationsgefahr gehe von Herstellern aus, die ihre Defizite durch eine Preissteigerung ausgleichen wollten. (Zhongguo Xinwen She News Agency, Beijing, in English, 11.4.96, nach SWB, 13.4.96)

Ein Beispiel für die Stabilisierung der Preise durch Subventionen und die Belastung des Lokalhaushalts durch diese Subventionen liegt für Beijing vor. So betrugen die Einnahmen der Stadt im Jahre 1995 21,4 Mrd. Yuan, während sich die Subventionen auf 7,16 Mrd. Yuan beliefen. Nach Einschätzung des stellvertretenden Bürgermeisters Jin Renqing belasteten diese hohen Subventionen die Stadt sehr stark, so daß nach Möglichkeiten für ihre Reduzierung gesucht werden müsse. Beispielsweise sollten nur noch bedürftige Beijinger mit niedrigen Einkommen Subventionszahlungen erhalten und nicht mehr alle Einwohner. (XNA, 1.4.96)

Mit einer neuen Runde der Preiskontrollen ist bereits Anfang April begonnen worden; die Kampagne soll bis zum 20.5.96 durchgeführt werden. Ziel ist es, die Preissteigerungen für landwirtschaftliche Inputs wie Chemiedünger zu beschränken. In einem Rundschreiben der Staatlichen Planungskommission wurden die Lokalregierungen dazu aufgerufen, auch in diesem Jahr die Ausweitung der Preise zu bekämpfen und damit die Sicherung der landwirtschaftlichen Produktion zu garantieren. (*The Straits Times*, 14.3.96)

Im außenwirtschaftlichen Bereich traten im 1. Quartal unterschiedliche Entwicklungen ein. Bei einem Rückgang der Exporte um 8,7% und einem Importzuwachs von 23,2% gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres geriet Chinas Außenhandel in die roten Zahlen. Ausfuhren im Werte von 28,25 Mrd. US\$ standen Einfuhren von 29,4 Mrd. US\$ gegenüber, so daß sich ein negativer Saldo von 1,15 Mrd. US\$ ergibt. (XNA, 19.4.96) -schü-

*(18)

Zentralbank beginnt mit Offenermarktpolitik

Mitte April d.J. hat die Zentralbank (ZB) mit dem Ankauf von Staatsanleihen begonnen und damit ein neues Instrument im Rahmen ihrer kreditpolitischen Einflußmöglichkeiten eingesetzt.

Die ZB kaufte kurzfristige Anleihen in Höhe von 290 Mio. Yuan auf. (XNA, 11.4.06)

Aufgrund des relativ geringen Ankaufovolumens, das im Vergleich zum Volumen des Ankaufs von Staatsanleihen durch die Banken im 1. Quartal 1996 von 19,7 Mrd. Yuan lediglich rund ein Prozent ausmacht und sich dementsprechend auf das Verhalten der Banken kaum auswirkt, wird diesem neuen Reformschritt zunächst nur eine symbolische Bedeutung beigemessen. Neben dem geringen Volumen der Offenmarkttransaktion behindern derzeit noch die bestehenden planwirtschaftlichen Elemente wie die staatlich fixierten Zinssätze und der Kreditplan die Effektivität von Offenmarkttransaktionen. (SCMP, 12.4.96)

Nach einem Bericht der *South China Morning Post* vom 16.4.96 drängt die ZB den Staatsrat bereits seit einiger Zeit, den Kreditplan zur Steuerung des Geldangebots durch indirekte Instrumente zu ersetzen. Bisher wird über den nationalen Kreditplan der Umfang der Kredite für jede Provinz kontrolliert, und die Provinzen und Staatsbanken (China Construction Bank, Bank of China, Agricultural Bank of China, Industrial and Commercial Bank of China) erhalten Kreditrichtlinien, die auf Prognosen zum Wirtschafts- und Investitionswachstum beruhen. Steigt das Volumen der Kreditvergabe zu schnell, erläßt die ZB Kreditobergrenzen, die verbindlich sind und die die Staatsbanken nur mit ausdrücklicher Genehmigung überschreiten dürfen.

Aufgrund der Diversifizierung im Bankensektor ist der Einfluß des Kreditplans allerdings im Laufe der Zeit zurückgegangen, da die Veränderung der Kreditmenge nicht mehr nur noch durch die vier Staatsbanken beeinflusst wird. Mit dem Zutritt neuer Banken sank der Anteil der Kredite, die von den Staatsbanken vergeben werden, von 87,4% im Jahre 1987 auf 69,3% im Jahre 1995. Ohne Kreditplan müßten die vier Staatsbanken jedoch ihre Kreditvergabe auf neue Grundlagen wie z.B. dem Verhältnis von Vermögen und Verbindlichkeiten sowie der Finanzkraft ihrer Kunden stellen.

Daß sich die Staatsbanken noch in einer schwierigen Transformation befinden, wird auch im gerade neu vorgelegten Geschäftsbericht der Asiatischen Entwicklungsbank (Asian Development Bank = ADB) betont. Allerdings for-

dert auch die ADB, daß Kreditzuteilungen an staatliche Verlustunternehmen schrittweise ausgesetzt werden müßten. Die ZB sollte einen unabhängigen Status erhalten, die Zinsen Schritt für Schritt liberalisiert und im Finanzsektor mehr Wettbewerb eingeführt werden. (HB, 19./20.4.96)

Um ihre finanzielle Belastung zu reduzieren, die durch die Einführung eines Inflationsausgleichs auf mehrjährige Staatsanleihen entstanden war, haben die Banken erfolgreich beim Staatsrat eine Beendigung der Inflationssicherung durchsetzen können. Als Argumentation diente die seit fünf Monaten unter den Nominalsatz in Höhe von 12,24% für Anleihen gefallene Inflationsrate. Während für den Kauf neuer Anleihen also kein Inflationsausgleich mehr gewährt wird, erhalten die Anleger für frühere Käufe diese Inflationssicherung allerdings weiter. (SCMP, 2.4.96) -schü-

*(19)

Stärkere Kontrolle über Kreditvergabe an Staatsunternehmen

Anfang April wurde mit der Umsetzung eines neuen Kontrollsystems zur Überwachung der Kreditvergabe an Staatsunternehmen begonnen. Die Zentralbank veröffentlichte hierzu Sonderbestimmungen, in denen von Staatsunternehmen eine Lizenz für die Kreditaufnahme bei Banken, Treuhandgesellschaften und Kreditagenturen verlangt wird. Die Lizenz wird von der Zentralbank ausgestellt und enthält Angaben zur Finanz- und Kreditsituation des Unternehmens, das einen Kredit bei der Bank beantragt. Hierdurch sollen die Banken die notwendigen Hintergrundinformationen erhalten, auf denen sie ihre Kreditentscheidung basieren können. Mit der Einführung dieses Kontrollsystems wird zunächst in Shanghai und Shenzhen begonnen.

Mit der stärkeren Kontrolle über die Kreditvergabe an Staatsunternehmen versucht die Zentralbank, den weiteren Anstieg der notleidenden Kredite in den Banken zu beschränken. Nach Schätzungen chinesischer Banker beträgt das Volumen dieser faulen Kredite mindestens eine Billion Yuan bzw. 20% ihrer Gesamtkredite an Staatsunternehmen.

Um eine Lizenz zu erhalten, muß das Staatsunternehmen vertrauliche Informationen über Bankkonten sowie über Zahlung und Umfang ihrer Kredite an die Zentralbank liefern; die Zentralbank

wiederum überprüft dann diese Angaben über die ausstehenden Kredite. Ohne Lizenz, die für jeweils drei Jahre gelten soll, dürfen Banken nicht mehr Kredite an Staatsunternehmen vergeben.

Nach Aussagen von Zentralbankmitarbeitern besteht bisher kaum ein Informationsaustausch zwischen Finanzinstitutionen über die Praxis der Kreditvergabe an Staatsunternehmen, so daß die Überprüfung der Kredite dadurch bisher beeinträchtigt war und auch Verlustunternehmen bei unterschiedlichen Banken Kredite aufnehmen konnten. Zukünftig soll dieses Risiko für die Banken reduziert werden und das Ausbleiben der Kreditrückzahlungen in der Lizenz mit aufgenommen werden, um zu verhindern, daß Staatsunternehmen bei anderen Banken unbeschränkt neue Kredite aufnehmen können. (SCMP, 1.4.96)

Ob das Lizenzsystem erfolgreich implementiert werden kann, wird jedoch auch davon abhängen, ob die Banken sich dem politischen Druck der Lokalregierungen entziehen können. -schü-

*(20)

Staatlicher Getreideankauf 1995

In einem Artikel der Bauernzeitung vom Januar d.J. wird detailliert auf die Umsetzung der Vorgaben für den staatlichen Getreideankauf und auf bestehende Probleme in der Getreideproduktion eingegangen.

Dem Artikel nach wurde die Zielvorgabe für den staatlichen Getreideankauf auch 1995 im wesentlichen erreicht. Nach Angaben der Staatlichen Verwaltung für die Getreidereserve konnten bis zum 10.1.96 insgesamt 80,9 Mrd.kg Getreide angekauft und damit die Ankaufsquote zu 89,8% erfüllt werden. Von der Gesamtsumme wurden 45,3 Mrd.kg Getreide über den Staat bzw. staatliche Ankaufsstationen aufgekauft, das waren 90,6% der Quote, während das restliche Getreide auf Märkten angekauft wurde.

Trotz der Unterschiede zwischen dem staatlichen Getreideankaufspreis und dem Marktpreis konnte der Ankauf aufgrund folgender Maßnahmen relativ erfolgreich durchgeführt werden:

1. Einführung eines Systems der persönlichen Verantwortung für den Getreideankauf auf allen Regierungsebenen

In Übereinstimmung mit den Vorgaben des ZK der KPCh und des Staatsrates wurde die Verantwortung für die Erfüllung der Getreideankaufsquoten einzelnen Regierungsebenen zugeordnet. Außerdem wurden die Leiter der Lokalregierungen persönlich für die Durchführung des Getreideankaufs verantwortlich gemacht.

2. Stärkung der Motivation der Bauern, Getreide an den Staat zu verkaufen

Zu den Kompensationsmaßnahmen für die Bauern, die Getreide an den Staat verkauften, zählten u.a. die Flexibilität in der Preisgestaltung beim Ankauf, also auch Ankauf zu Verhandlungs- bzw. Marktpreisen. Weiterhin erhielten die Bauern hochwertigen Chemiedünger zu subventionierten Preisen bzw. bestimmte Düngermengen in Relation zum Getreideverkauf.

3. Enge Zusammenarbeit verschiedener Regierungsabteilungen und Stellen

Durch die enge Zusammenarbeit mit den Banken und Lokalregierungen konnten ausreichende Finanzmittel für den Ankauf und notwendige Subventionen bereitgestellt werden. Weiterhin haben die Getreideabteilungen die staatlichen Vorschriften strikt durchgesetzt, ihre Dienstleistungen verbessert, zusätzliche Getreideankaufszentren gegründet, die Getreideankaufsperiode verlängert, zusätzliches Personal für den Getreideankauf in die Dörfer gesandt und die Bedingungen für die Bauern, die Getreide verkauften, verbessert, indem sie die Bauern mit Getränken, Lebensmitteln und Medikamenten versorgten.

Dem Artikel zufolge beständen jedoch derzeit eine Reihe von "ungünstigen Einflußfaktoren" für den Getreideankauf des Staates. Hierzu zählten insbesondere die relativ geringen Preisanreize für die Bauern, an den Staat das Getreide zu verkaufen, die Abwartehaltung der Bauern, die mit dem Anstieg der Getreidepreise rechneten, sowie mangelnde Finanzmittel für den Ankauf von Getreide. (Nongmin Ribao, Beijing, in Chinese, 19.1.96, nach SWB, 9.4.96) -schü-

* (21)

Förderung der Agrarproduktion

Zur Stabilisierung bzw. Verbesserung der Getreideversorgung soll nach den Vorstellungen des Ministeriums für

Binnenhandel und der Staatlichen Verwaltung für die Getreidereserve der Aufbau und die Vernetzung von Getreidelagern beschleunigt werden. Für 1996 kündigten diese Regierungsstellen die Computervernetzung von rd. 1.000 Kornspeichern an; bereits 200 Kornspeicher waren auf diese Weise im Jahre 1994 miteinander verbunden worden.

Die Mittel für den Aufbau und die Vernetzung in Nordostchina, Beijing, Tianjin, dem Yangzibecken und in Südwestchina sollen von den Lokalregierungen und den im Getreidehandel tätigen staatseigenen Unternehmen aufgebracht werden. (XNA, 20.4.96)

Finanzmittel sollen ebenfalls in höherem Umfang durch die Einschaltung von Unternehmen bereitgestellt werden. Nach Angaben von Yu Xiaosong, stellvertretender Minister der Staatlichen Wirtschafts- und Handelskommission, sollten einige ausgewählte Unternehmen syndizierte Anleihen aufnehmen und sie dem Agrarsektor zur Verfügung stellen. Einzelheiten dazu wurden noch nicht genannt. Auch aus dem Ausland müßten mehr Mittel in die chinesische Landwirtschaft fließen. Den Schätzungen des Landwirtschaftsministeriums zufolge sind für die Erhöhung der Getreideproduktion von derzeit 465 Mio. t im Jahre 1995 auf 500 Mio. t im Jahre 2000 Investitionen von insgesamt 130 bis 180 Mrd. Yuan (16-22 Mrd. US\$) erforderlich.

Ein Anteil von rd. 90% der in- und ausländischen Investitionen im Agrarsektor besteht aus Regierungskrediten und zinsgünstigen Bankkrediten. Bis Ende März hat die Agricultural Bank of China ausstehende Kredite in Höhe von 157,8 Mrd. Yuan für die Landwirtschaft ausgewiesen. Die gerade ein Jahr alte Agricultural Development Bank, die mit politikorientierten Krediten für die landwirtschaftliche Entwicklung betraut ist, weist ein ausstehendes Kreditvolumen für Aufgaben der Agrarentwicklung in Höhe von 478,3 Mrd. Yuan aus. (XNA, 22.4.96; AWSJ, 22.4.96)

Aus dem Ausland hat China seit 1978 Investitionen in Höhe von 10 Mrd. US\$ für den Agrarsektor erhalten. (XNA, 22.4.96) In der Periode des laufenden Fünfjahresplanes (1996-2000) hofft die chinesische Regierung, rd. sechs bis sieben Mrd. US\$ für die Agarentwicklung absorbieren zu können. Zu den Prioritäten zählt die Ausweitung der Kapazitäten für die Produktion von Chemiedünger. Bis zum Jahre 2000 soll

ein Outputvolumen von rd. 170 Mio. t erreicht werden. Der Anstieg der Chemiedüngerproduktion betrug 1995 zwar 12%, doch konnte die Produktion von 114 Mio. t noch nicht die Nachfrage decken. (SCMP, 21.4.96) -schü-

* (22)

Maßnahmen zur Beschränkung der Arbeitslosigkeit

Auf einer Nationalen Konferenz zur Beschäftigung Anfang April d.J. in Beijing kündigte der Arbeitsminister Li Boyong eine Reihe von Maßnahmen zur Beschränkung der Arbeitslosigkeit an. Im laufenden Jahr 1996 soll die Arbeitslosenquote 3,2% nicht übersteigen und bis zum Jahre 2000 nicht höher als 4% liegen. Ende 1995 lag die offizielle Arbeitslosenquote, die die unterbeschäftigten Arbeitskräfte in den staatseigenen Unternehmen und die unterbeschäftigten ländlichen Arbeitskräfte nicht einbezieht, bei 2,9% und umfaßte eine Anzahl von 5,2 Mio. Menschen. (XNA, 10.4.96) Statistiken zur Beschäftigung im 1. Quartal 1996 weisen neben der Arbeitslosenzahl von 5,3 Mio. eine Anzahl von 7,54 Mio. Arbeitskräften auf, die in Unternehmen beschäftigt sind, deren Produktion gänzlich oder teilweise ausgesetzt wurde. (XNA, 27.4.96) Dieser Personenkreis müßte eigentlich auch zu den Arbeitslosen gezählt werden.

Neben der Schaffung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten sollen zur Begrenzung der städtischen Arbeitslosigkeit die Arbeitskräfte in den ländlichen Gebieten dazu ermuntert werden, in ihren Dörfern zu bleiben. Li Boyong zufolge müsse die Anzahl der Migranten [darunter werden dann wohl die ländlichen Arbeitskräfte verstanden, die über offizielle Registrierung und Vermittlung aus den Dörfern in die Städte einer anderen Provinz abwandern] auf rd. 30 Mio. Menschen in diesem Jahr und bis zum Jahr 2000 auf 40 Mio. Menschen beschränkt bleiben.

Der Einschätzung Li Boyongs nach zählt die Beschäftigungsfrage zu den größten Problemen Chinas und zukünftig müsse noch mit einer Verschärfung des Beschäftigungsproblems gerechnet werden. Die enge Verbindung der Beschäftigung mit sozialer Stabilität, Wirtschaftsreform und gesamtwirtschaftlicher Entwicklung erfordere Li zufolge die ständige Auseinandersetzung mit dieser Frage.

Auf der Konferenz wurde u.a. entschieden, daß die Regierungsverwaltungen in den nächsten fünf Jahren die Beschäftigtenzahl von derzeit rd. 38 Mio. Menschen auf 41,5 Mio. Personen erhöhen wollen. Der öffentliche Dienst wird also nur in sehr beschränktem Maße in der Lage sein, Arbeitskräfte zu absorbieren.

Zur Verschlechterung der Beschäftigungssituation wird dem Arbeitsminister zufolge die Zunahme der überschüssigen Arbeitskräfte in den staats-eigenen Unternehmen und in den ländlichen Gebieten beitragen. Die Zahl der neu geschaffenen Arbeitsplätze werde nicht ausreichen, um die Nachfrage nach Beschäftigungsmöglichkeiten zu decken. Ohne Gegensteuerung müßte mit einer Anzahl von 153 Mio. unterbeschäftigten und arbeitslosen Personen in den ländlichen und städtischen Regionen bis zum Jahre 2000 gerechnet werden. Der Beschäftigungsdruck in den Städten sei nur dann zu reduzieren, wenn die Zahl der ländlichen Wanderarbeiter beschränkt werden könne; die Schaffung von Arbeitsplätzen in den ländlichen Gebieten sei demnach entscheidend.

Vor diesem Hintergrund hat das Arbeitsministerium einen umfassenden Maßnahmenkatalog entworfen, der sowohl Einflußfaktoren der städtischen als auch der ländlichen Beschäftigung einbezieht. Zu den vorgeschlagenen Maßnahmen zählen u.a. (XNA, 7.4.96):

- Teilung der Verantwortlichkeiten bei den Reformmaßnahmen zur Bewältigung der Arbeitslosigkeit zwischen den Ministerien der Zentralregierung und den Lokalregierungen.
- Das Projekt zur Beschäftigung von Arbeitslosen soll landesweit verbreitet werden, eine stärkere Finanzausstattung erhalten und umfangreichere Ausbildungsmöglichkeiten einschließen.
- Einführung eines Programms zur organisierten und Provinzgrenzen überschreitenden Migration, um die Arbeitslosigkeit in den Städten zu beschränken.
- Aufnahme aller Beschäftigten in die Arbeitslosenversicherung.

Eine wichtige Funktion bei der Absorbierung von Arbeitskräften sollen zukünftig die kleinen Unternehmen und die Unternehmen von mittlerer Größe

spielen, da staatseigene Unternehmen keine neuen Arbeitskräfte mehr einstellen werkönnen. Für die Förderung dieser Unternehmen sollen höhere Finanzmittel und Kredite sowie steuerliche Vergünstigungen bereitgestellt werden. (XNA, 9.4.96)

Um die Entwicklung der Arbeitslosigkeit besser kontrollieren zu können, wird das Statistikamt mit Beginn des 4.Quartals eine vierteljährliche Stichprobenerhebung durchführen.

Wie drängend das Problem der Migration von Arbeitskräften sein kann, zeigen die Daten zur Wanderbevölkerung in der Provinz Guangdong. Neben der Zuwanderung von Arbeitskräften aus anderen Provinzen in Höhe von rd. 10 Mio. Menschen, zogen im Zeitraum 1979 bis 1995 rd. 12 Mio. Menschen aus den ländlichen Gebieten in die Städte der Provinz Guangdong. Lokalen Untersuchungen zufolge wurden nur 8% der zugewanderten Arbeitskräfte über offizielle Stellen vermittelt. (XNA, 9.4.96)

Erste Schritte zur Verwirklichung der organisierten überregionalen Migration wurden bereits in einigen Städten mit dem Aufbau von Arbeitsmärkten für Migranten unternommen. Einem Bericht in der *Guangming Ribao* nach soll im April solch ein Arbeitsmarkt im Stadtteil Xuanwu in Beijing eröffnet worden sein. Der Arbeitsmarkt in Xuanwu, der am Westbahnhof liegt, soll die illegalen Arbeitsmärkte für ländliche Wanderarbeiter ersetzen.

Nach Beijing sollen inzwischen rd. 3 Mio. Migranten eingewandert sein, von denen 70% im Handel und Industriesektor beschäftigt sind. Allein im Stadtteil Xuanwu gibt es 2.900 Unternehmen, die Arbeitskräfte von außerhalb Beijings beschäftigen. Nach den Beijing-er Bestimmungen dürfen nur solche Arbeitskräfte von außerhalb eingestellt werden, die eine Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung haben. (XNA, 20.4.96) -schü-

Taiwan

* (23)

Keine neue Verpflichtung der USA gegenüber Taiwan

US-Präsident Bill Clinton hat am 12. April sein Veto gegen eine außenpolitische Resolution des Kongresses,

in der eine Reihe taiwanfreundlicher Klauseln verankert wurden, eingelegt. Als die jüngste militärische Krise in der Taiwan-Straße auf dem Höhepunkt war (siehe dazu C.a., 1996/3, Ü 21), hatte das Repräsentantenhaus am 12. März mit 226 gegen 172 Stimmen und der Senat am 28. März mit 52 gegen 44 Stimmen die Resolution verabschiedet. Danach sollte das US-Taiwan-Gesetz (Taiwan Relations Act) von 1979 über dem Gemeinsamen Kommuniqué zwischen Washington und Beijing von 17.8.1982 stehen, d.h. Aufhebung der Einschränkung von US-Waffenlieferungen an Taiwan. Darüber hinaus wird darin von der US-Regierung verlangt, einen erneuten Besuch von Präsident Li Denghui (Lee Teng-hui) 1996 in den USA zu erlauben und ihn mit entsprechender Würdigung zu empfangen. Die USA hatten 1979 nach der Anerkennung der VR China die diplomatischen Beziehungen zu Taiwan abgebrochen. Clinton lehnt das Gesetz ab, weil es seine Präsidialgewalt in der Außenpolitik einengt und Washingtons Beziehungen zu Beijing gefährdet, die in letzter Zeit bereits wegen Menschenrechtsfragen, Handelsstreitigkeiten und Li Denghuis USA-Reise im letzten Jahr und den nachfolgenden militärischen Spannungen in der Taiwan-Straße schwer belastet wurden. (ZYRB und LHB, 14.4.96)

Einem Bericht der *New York Times* zufolge hat Taiwan in den USA eine starke Lobby, die mit der israelischen verglichen werden kann. Neben Einladungen von Abgeordneten, Journalisten, ehemaligen Regierungspolitikern spendet Taiwan großzügig Stipendien an US-Universitäten und veranstaltet diverse andere Werbeaktionen. An eine Lobbyfirma namens "Cassidy and Associates" zahlt das zur Taiwans Regierungspartei KMT gehörende Taiwan Research Institute monatlich 125.000 US\$. Aber nicht nur wegen der Geldmittel, sondern auch dank der Demokratisierung auf der Insel hat Taiwan in der Öffentlichkeit und bei den US-Parlamentariern Sympathien gewinnen können. (IHT, 10.4.96; SCMP, 11.4.96) Die oben genannte Resolution war auf die Initiative der Republikaner entstanden. Diese verfügen zwar über die Mehrheit in den beiden Häusern, aber nicht die erforderliche Zweidrittel-Mehrheit zur Widerlegung des Clinton-Vetos. -ni-